



Rosenstadt | ZWEIBRÜCKEN

09.12.2025

Niederschrift

über die 14. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am Dienstag, dem 02.12.2025, 17:00 Uhr, im Ratssaal, Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr.
Marold Wosnitza

Ausschussmitglieder

Kurt Dettweiler
Thomas Eckerlein
Rolf Franzen
Klaus Fuhrmann
Elisabeth Metzger
Simon Nikolaus
Anne Oberle
Dr. Norbert Pohlmann
Walter Rimbrech
Achim Ruf
Gertrud Schiller
Dr. Ulrich Schüler
Jannik Telöken
Julian Wilhelm

(In Vertretung für Herrn Frank Schmid)

(In Vertretung für Herrn Herbert Beckmann)

Protokollföhrung

Maximilian Mazor

von der Verwaltung

Martina Bieg
Benedikt Eckert
Peter Ernst
Barbara Kirsch-Hanisch
Christian Michels

14. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 02.12.2025

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Herbert Beckmann
Falk Dettweiler
Thorsten Gries
Frank Schmid
Klaus Peter Schmidt

14. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 02.12.2025

T a g e s o r d n u n g

- 1** Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken; Vorhabenbezogener Bebauungsplan ZW 172 "Wertstoffhof":
 - Beschluss über den Antrag zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes im Verfahren nach §13a BauGB
 - Beschluss der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ZW 172 „Wertstoffhof“ gem. § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch
 - Beschluss über die freiwillige Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. §3 Abs.1 BauGB, der Behörden und Träger öffentlicher Belange (Scoping) gem. §4 Abs.1 BauGB sowie der Beteiligung der NachbarkommunenVorlage: 60/3682/2025

- 2** Ausbau der Pasteurstraße von der Steinhauserstraße bis zur Röntgenstraße, Fassung Baubeschluss
Vorlage: 84/3689/2025

- 3** Informationspunkt: Erweiterung Canadaschule, Kauf weiterer Modulklassenräume (Bericht erfolgt in der Sitzung)

- 4** Informationspunkt: Wiederkehrende Beiträge (Bericht erfolgt in der Sitzung)

14. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 02.12.2025

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

14. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 02.12.2025

Punkt 1: **(öffentlich)**

Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken; Vorhabenbezogener Bebauungsplan ZW 172 "Wertstoffhof":
- Beschluss über den Antrag zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes im Verfahren nach §13a BauGB
- Beschluss der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ZW 172 „Wertstoffhof“ gem. § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch
- Beschluss über die freiwillige Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. §3 Abs.1 BauGB, der Behörden und Träger öffentlicher Belange (Scoping) gem. §4 Abs.1 BauGB sowie der Beteiligung der Nachbarkommunen
Vorlage: 60/3682/2025

Frau Kirsch-Hanisch berichtet über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan der Stadt Zweibrücken für den Wertstoffhof (ZW 172). Sie erklärt, dass der Aufstellungsbeschluss sowie die frühzeitige Beteiligung beschlossen werden sollen. Der Vorsitzende ergänzt, dass die Unterlagen den Ausschussmitgliedern vorlägen und das Projekt bekannt sei.

Herr Franzen (CDU) erkundigt sich, wie sichergestellt werde, dass der geplante Parkplatz, der auch Friedhofsbesuchern zur Verfügung stehen solle, bei größeren Beerdigungen freigehalten werde. Frau Hartfelder erläutert, dass es zusätzlich einen separaten Mitarbeiterparkplatz auf dem Gelände geben werde. Frau Metzger äußert Bedenken hinsichtlich der Lage des Wertstoffhofs. Frau Hartfelder erklärt, dass über eineinhalb Jahre nach geeigneten Grundstücken gesucht worden sei und mehrere Standorte geprüft worden seien. Der gewählte Standort sei ideal, da er sich in Stadt Nähe befindet und direkt an das Gelände der Abfallwirtschaft angrenze. Ein Alternativstandort in der Nähe des Abfallwirtschaftszentrums sei geprüft, jedoch verworfen worden, da ein Wertstoffhof in Stadt Nähe für die Bürger bevorzugt werde.

Herr Franzen (CDU) merkt an, dass in der Planung bereits Schutzmaßnahmen wie Begrünung und Abschirmung vorgesehen seien, um die Anwohner in der Vogelgesangstraße zu entlasten. Herr Fuhrmann (SPD) fragt, ob die Fläche des neuen Wertstoffhofs groß genug sei, um bei großem Andrang Rückstaus in die Kasernenstraße zu vermeiden. Frau Hartfelder erklärt, dass die Fläche des neuen Wertstoffhofs mit 7.000 Quadratmetern deutlich größer sei als die des bisherigen Wertstoffhofs mit 1.600 Quadratmetern. Die Verkehrsführung werde so geplant, dass Rückstaus vermieden würden, und es gebe noch Optimierungsmöglichkeiten in der Verkehrsordnung.

Frau Hartfelder berichtet, dass die angrenzenden Bürger bereits in die Planung einbezogen worden seien und zugesagt worden sei, realisierbare Anliegen umzusetzen.

Herr Rimbrecht fragt nach Ersatz für die wegfallenden Parkplätze, die derzeit für den Friedhof genutzt würden. Der Vorsitzende erklärt, dass auf der rechten Seite des Plans Parkplätze für den Friedhof vorgesehen seien und die bestehenden Parkplätze an der Straße erhalten blieben.

Herr Dettweiler (FWG) äußert, dass der Standort des Wertstoffhofs gut gewählt sei und die Begrünung einen Fortschritt darstelle.

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, und leitet die Abstimmung ein.

14. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 02.12.2025

Beschlussvorschlag:

1. Die Annahme des Antrages auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ZW 172 „Wertstoffhof“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 14 Mitglieder teil.

Beschlussvorschlag:

2. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ZW 172 „Wertstoffhof“, im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB wird beschlossen. Der Geltungsbereich des Bauleitplanes ist dem beiliegenden Lageplan zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 14 Mitglieder teil.

Beschlussvorschlag:

3. Die Verwaltung wird beauftragt auf der Basis der vorliegenden Planunterlagen eine freiwillige frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden durchzuführen.

14. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 02.12.2025

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 14 Mitglieder teil.

Verteiler:

61

84

14. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 02.12.2025

Punkt 2:
(öffentlich)

Ausbau der Pasteurstraße von der Steinhauserstraße bis zur Röntgenstraße, Fassung Baubeschluss
Vorlage: 84/3689/2025

Der Vorsitzende erläutert, dass der Tagesordnungspunkt den Ausbau der Pasteurstraße von der Steinhauserstraße bis zur Röntgenstraße im Rahmen des Ausbauprogramms umfasst. Er weist darauf hin, dass kleinere Anpassungen notwendig seien, da durch Geländegewinne die Bürgersteige teilweise um bis zu 30 bis 40 Zentimeter verbreitert werden könnten. Dies führe zu einer Erhöhung der Bausumme, ohne jedoch den Bauplan grundlegend zu verändern. Der Gehweg auf der Bergseite werde auf 1,80 Meter verbreitert, während auf der Talseite bereits eine Breite von 2 Metern erreicht sei. Ziel sei es, die Mindestbreite von 1,50 Metern zu überschreiten.

Herr Mannschatz ergänzt, dass die Pasteurstraße im Bereich der Oststadt liege und der Zustand der Straße, insbesondere durch den Busverkehr, stark beeinträchtigt sei. Der Gehweg werde behindertengerecht ausgebaut, einschließlich Tastfeldern für Übergänge. Zudem werde der Gehweg auf 2,30 Meter verbreitert, während die Fahrbahn eine Breite von 6 - 6,5 Metern erreiche, was 0,5 - 1 Meter über der geforderten Mindestbreite liege. Mit der GeWoBau sei abgestimmt, dass Containerplätze in bestimmten Bereichen eingerichtet würden. Der Ausbau endet an der hinteren Grundstücksgrenze des Anwesens „Cindy + Bert“ (Röntgenstr. 78), da der Gehweg dort nicht weiter ausgebaut werde.

Herr Mannschatz führt weiter aus, dass der Straßenbau aufgrund des Busverkehrs einen 34 Zentimeter starken Asphaltbau erforderlich. Die geschätzten Kosten für den Straßenbau belaufen sich netto auf 750.000 Euro, brutto auf etwa 1 Million Euro. Die endgültigen Kosten würden jedoch erst nach der Ausschreibung feststehen. Der Vorsitzende und Herr Mannschatz weisen darauf hin, dass die Bauzeit etwa 9 Monate betrage und der Baubeginn circa 2 Monate nach Haushaltsgenehmigung erfolgen könne, was einen Start im Juni bedeute.

Herr Franzen (CDU) bittet darum, künftig Planungsunterlagen vorab zur Verfügung zu stellen, damit diese in den Fraktionen diskutiert werden könnten. Er betont, dass dies keine Verzögerung des Projekts bewirken solle, sondern eine bessere Vorbereitung ermögliche. Der Vorsitzende entschuldigt sich dafür, dass die Unterlagen nicht wie vorgesehen hochgeladen worden seien.

Herr Eckerlein thematisiert die hohen Kosten des Ausbaus und regt an, alternative Konzepte zu prüfen, um mehr Straßen in einem kürzeren Zeitraum sanieren zu können. Er schlägt vor, auf Tiefausbau zu verzichten und stattdessen Beläge abzufräsen und zu erneuern, um Kosten zu sparen. Der Vorsitzende entgegnet, dass dies in bestimmten Fällen, wie bei der Vogelgesangstraße (LKW-Verkehr wurde dann zurückgenommen), bereits praktiziert wurde, jedoch nicht überall möglich sei, insbesondere bei Straßen mit Busverkehr. Er betont, dass ein Investitionsstau von über 300 Millionen Euro bestehe und ohne Erhöhung der wiederkehrenden Beiträge keine umfassende Lösung möglich sei. Derzeit ist keine Erhöhung vorgesehen.

Herr Dettweiler (FWG) kritisiert, dass trotz vorhandener Leerrohre für Glasfaser diese nicht genutzt würden, was zu zusätzlichen Kosten führe. Der Vorsitzende bestätigt, dass dies insbesondere bei der Telekom ein Problem darstelle.

Herr Dettweiler (FWG) weist zudem auf die steigenden Kosten bei Straßenbauprojekten hin und fordert eine langfristige Planung, um die finanzielle Belastung zu reduzieren.

14. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 02.12.2025

Der Vorsitzende erklärt abschließend, dass Investitionen in den Straßenbau langfristig angelegt seien und nicht nur kurzfristige Flickarbeiten darstellen sollten.

Er kündigt an, dass das Thema Investitionsstau und mögliche Lösungen in zukünftigen Sitzungen weiter diskutiert werde.

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der vorliegenden Planung der Straße zu und beauftragt das Ingenieurbüro Dumont & Partner zur Anfertigung der Ausführungspläne sowie Erstellung der Ausschreibung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 14 Mitglieder teil.

Verteiler:

66

84

**Punkt 3:
(öffentlich)**

**Informationspunkt: Erweiterung Canadaschule, Kauf weiterer
Modulklassenräume (Bericht erfolgt in der Sitzung)**

Der Vorsitzende leitet den Informationspunkt zur Erweiterung der Canadaschule ein und übergibt das Wort an Herrn Eckert. Herr Eckert berichtet, dass für das kommende Jahr drei zusätzliche Modulklassenräume benötigt werden, da die Schule diesen Bedarf angemeldet habe. Er erläutert, dass der Kauf von Modulklassenräumen wirtschaftlicher sei als deren Anmietung. Aktuell belaufe sich die monatliche Miete eines Modulklassenraums auf etwa 2.300 Euro, was jährlich rund 28.000 Euro und über fünf Jahre etwa 140.000 Euro entspreche. Im Vergleich dazu koste der Kauf eines Modulklassenraums etwa 120.000 Euro, wodurch langfristig Einsparungen erzielt werden könnten. Zudem könnten die gekauften Modulklassenräume später weiterverkauft oder anderweitig genutzt werden. Neben den drei neuen Modulklassenräumen sei auch geplant, die fünf derzeit angemieteten Klassenräume, deren Mietverträge bis zu den Sommerferien des nächsten Jahres laufen, zu erwerben. Ziel sei es, die Ausschreibung noch in diesem Jahr zu starten, um spätestens im Februar oder März des kommenden Jahres einen Beschluss im Stadtrat herbeizuführen.

Herr Dettweiler (FWG) stellt klar, dass der Kauf eines Modulklassenraums mit 120.000 Euro günstiger sei als die Miete über fünf Jahre. Er äußert jedoch Kritik an der bisherigen Vorgehensweise, da in der Vergangenheit Mietkosten in Höhe von etwa 100.000 Euro pro Klassenraum entstanden seien, ohne dass ein bleibender Wert geschaffen wurde. Er betont, dass zukünftig sorgfältiger geplant werden müsse, um solche finanziellen Nachteile zu vermeiden.

Herr Michels ergänzt, dass die ursprünglichen Planungen für die Erweiterung der Canadaschule mehrfach durch die Auflagen der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) erweitert worden seien. Ursprünglich sei nur von wenigen zusätzlichen Klassenräumen ausgegangen worden, doch mittlerweile umfasse die Erweiterung eine Bruttogrundfläche von rund 3.000 Quadratmetern Gebäudefläche. Diese Entwicklungen seien vor fünf Jahren nicht absehbar gewesen, weshalb damals andere Entscheidungen getroffen worden seien.

Der Vorsitzende bestätigt, dass die damaligen Entscheidungen auf der Grundlage der damaligen Informationen erfolgt sind. Er erläutert, dass die Erweiterung der Canadaschule durch den neuen G-Zweig nahezu den Bau einer neuen Schule erfordere. Die Bauzeit werde auf drei bis fünf Jahre geschätzt. Verschiedene Modelle würden derzeit geprüft, um die Erweiterung sowohl kostentechnisch als auch pädagogisch sinnvoll umzusetzen. Er weist darauf hin, dass frühere Entscheidungen, wie die Integration eines Kindergartens in die Schule, unter den damaligen Rahmenbedingungen getroffen wurden, heute jedoch anders bewertet würden. Ein Rückbau des Kindergartens würde jedoch den Verlust von Fördermitteln bedeuten, weshalb auch diese Option sorgfältig geprüft werden müsse.

Herr Dr. Pohlmann bekräftigt die Aussagen von Herrn Dettweiler (FWG) und betont, dass der Kauf von Modulklassenräumen bereits nach wenigen Jahren wirtschaftlicher sei als die Miete. Er weist darauf hin, dass in der Vergangenheit mehrfach Nachfragen zu diesem Thema gestellt worden seien, jedoch stets die Miete als günstigere Option dargestellt worden sei. Dies habe sich im Nachhinein als Fehleinschätzung erwiesen.

14. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 02.12.2025

Herr Dettweiler (FWG) hebt abschließend hervor, dass angesichts der angespannten Haushaltslage mit einem Defizit von 35 Millionen Euro künftig verstärkt auf Einsparpotenziale geachtet werden müsse. Er kritisiert, dass die ADD der Kommune immer wieder Vorgaben mache, die finanziellen Spielraum einschränkten, und fordert eine grundsätzliche Überprüfung der Ausgabenpolitik.

Die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses nehmen die Information ansonsten zur Kenntnis.

Verteiler:
65

14. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 02.12.2025

Punkt 4: (öffentlich) **Informationspunkt: Wiederkehrende Beiträge (Bericht erfolgt in der Sitzung)**

Der Vorsitzende leitet den Tagesordnungspunkt „Wiederkehrende Beiträge“ ein und verweist auf die Befahrungen und Restnutzungszeiten der Straßen in den Vororten. Er erinnert daran, dass die Liste der vorgeschlagenen Straßen bereits in früheren Ausschüssen vorgestellt wurde. Ziel sei es, die Befahrungsergebnisse zu besprechen und die nächsten Schritte im Ausbauprogramm zu erläutern.

Herr Mannschatz beginnt mit der Vorstellung der Befahrungsergebnisse und beginnt mit Mörsbach. Die Befahrung sei 2025 durchgeführt worden, wobei die Firma GSA bereits 2014 eine Befahrung vorgenommen habe. Die Restnutzungszeit einiger Straßen sei teilweise so gering, dass ein Ausbau erforderlich werde. Er erwähnt, dass die K7 in Mörsbach bereits geplant sei und im Frühjahr des nächsten Jahres mit finanzieller Unterstützung des Landes ausgebaut werde. Der Vorsitzende ergänzt, dass es sich hierbei nicht um eine WKB-Straße handele. Herr Mannschatz führt weiter aus, dass die Talstraße, ein Teilstück der Lindenstraße sowie die Steinackerstraße in einem schlechten Zustand seien und eine Sanierung erforderlich sei.

Der Vorsitzende unterbricht kurz, um darauf hinzuweisen, dass Straßen, die derzeit als „orange“ bewertet seien, im nächsten Jahr voraussichtlich in den „roten“ Bereich fallen würden. Herr Mannschatz bestätigt dies und erläutert, dass eine sukzessive Sanierung notwendig sei.

Er führt weitere Straßen auf: In Oberauerbach die Schwarzwaldstraße (K13, Außerhalb der WKB), in Niederauerbach ein Teilstück der Hofenfelsstraße sowie einige Seitenstraßen. In Ernstweiler befinden sich die Freudenbergerhofstraße, die Köhlstraße und die August-Bebel-Straße in einem schlechten Zustand. In Wattweiler betrifft es den Schulacker und einen Abschnitt der Kirchhofstraße in Mittelbach die Kirchentalstraße. Auch in Rimschweiler weist die Eckstraße erhebliche Mängel auf. Dabei hebt er hervor, dass einige Straßen bereits saniert oder in Planung seien, während andere noch auf ihre Umsetzung warten.

Herr Ernst berichtet über die Maßnahmen, die aus dem aktuellen Programm noch umgesetzt werden sollen. Dazu zählen unter anderem die Wackenstraße, die Zeilbäumerstraße, die Pasteurstraße, die Schlachthofstraße, die Köhlstraße, die August-Bebel-Straße und die Pirmasenserstraße. Diese Maßnahmen sollen im nächsten Jahr abgeschlossen werden.

Herr Dettweiler (FWG) äußert Kritik an der mangelnden Information der Vororte über den aktuellen Stand der Maßnahmen und die geplanten Ausbauschritte. Er betont, dass die Vororte ebenfalls wiederkehrende Beiträge entrichten und fordert eine bessere Kommunikation und Planung. Der Vorsitzende erklärt, dass nicht in allen Abrechnungsbezirken Beiträge erhoben worden seien, da einige Vororte im letzten Ausbauprogramm nicht berücksichtigt wurden. Er kündigt an, dass die Strategie für die zukünftige Vorgehensweise noch detailliert besprochen werde.

Herr Franzen (CDU) fragt nach der Heinkelstraße in Ernstweiler, die seiner Meinung nach in einem schlechten Zustand sei. Herr Mannschatz erläutert, dass die Straße im vorderen Bereich ausgebaut sei, während der hintere Bereich lediglich eine einspurige Fahrbahn mit Gehweg aufweise. Der Vorsitzende ergänzt, dass die Straße dennoch als ausgebaut gelte, auch wenn sie nicht den aktuellen Standards entspreche.

14. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 02.12.2025

Herr Ernst weist darauf hin, dass die personellen Kapazitäten in der Abteilung für wiederkehrende Beiträge derzeit stark eingeschränkt seien, was die Fertigstellung der Spitzabrechnungen und die Planung neuer Programme verzögere. Ein neues Ausbauprogramm solle Mitte des nächsten Jahres aufgestellt werden, wobei auch die Vororte berücksichtigt würden.

Herr Dettweiler (FWG) äußert Bedenken hinsichtlich der zeitlichen Verschiebung der Beitragserhebung und der Umsetzung der Maßnahmen in den Vororten. Herr Ernst erklärt, dass die Beiträge voraussichtlich ab Herbst des nächsten Jahres wieder erhoben würden. Für die dann anstehenden Maßnahmen würden dann in 2026 zunächst vorbereitende Maßnahmen (z.B. Kampfmittelsondierungen) durchgeführt und dann ab 2027 mit dem technischen Ausbau begonnen werden. Der Vorsitzende ergänzt, dass derzeit verschiedene Modelle, darunter auch kürzere Programme, geprüft würden, um die Umsetzung zu beschleunigen.

Herr Körner erkundigt sich, ob die geplante Verschiebung der Programme mit der aktuellen Satzung vereinbar sei. Der Vorsitzende erklärt, dass für jedes neue Ausbauprogramm eine neue Satzung erforderlich sei und die rechtliche Prüfung durch den Gemeinde- und Städtebund bereits laufe. Herr Ernst ergänzt, dass die Maßnahmen zunächst mit geringen Kosten vorbereitet würden, um die Beitragserhebung im nächsten Jahr zu ermöglichen.

Herr Ruf fragt nach der Beleuchtung in der Talstraße, die seit längerer Zeit defekt sei. Herr Ernst erklärt, dass die Stadtwerke die Beleuchtung nicht mehr reparieren könnten, da keine Ersatzteile verfügbar seien. Eine vollständige Erneuerung der Beleuchtung sei daher notwendig.

Die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses nehmen die Information ansonsten zur Kenntnis.

Verteiler:

66.2

84

14. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 02.12.2025

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 17:58 Uhr.

Der Vorsitzende

Oberbürgermeister
Dr. Marold Wosnitza

Die Schriftführer

Maximilian Mazor